

Auerthal-Zeitung.

Tageblatt für die Stadt Aue und Umgebung.

Verkauf
täglich Nachmittags, außer an Sonn- u. Feiertagen. — Preis pro Monat frei ins Haus 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. — Mit der Sonntagsbeilage: „Der Heilsiegel“ 5 Pfg. mehr. — Bei der Post abgeholt pro Vierteljahr 1 Mt. — Durch den Briefträger 1.40 Mark.

Billigste Tageszeitung im Erzgebirge.

Inserten
die einseitige Zeitungs- oder Anzeigen-Inserte die Copie-Preis 25 Pfg., Anzeigen pro Seite 20 Pfg. Bei 4 maliger Aufnahme 25% Rabatt. — Bei größtmöglicher u. mehrmaliger Aufnahme wird entsprechend höherer Rabatt gewährt. Die Anzeigen und Sonderdrucker nehmen Befreiungen an.

Verantwortlicher Redakteur: **Graf Junke**, Aue (Erzgebirge).
Redaktion u. Expedition: **Aue, Marktstraße.**

Nr. 87

Sonntag, den 25. Juni 1899.

12. Jahrgang.

Die Maul- und Klauenseuche im Grundstücke Pfarrstraße Nr. 14 hier ist erloschen.
Aue, am 21. Juni 1899.

Der Rath der Stadt.

Rathschreiber Laube.

Das Verzeichnis der zur Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgegenstände gehörigen hiesigen Betriebsunternehmer, sowie die Heberolle und die Steuerrollen auf das Jahr 1898 liegen von heute ab 2 Wochen lang zur Einsichtnahme der Betheiligten aus.

Den Betriebsunternehmern steht wegen Aufnahme oder Nichtaufnahme ihres Betriebes in das Verzeichnis innerhalb 4 Wochen nach gegen die Verzeichnungsrechnung innerhalb 2 Wochen nach Ablauf der oben erwähnten gesetzlichen Frist das Recht des Einspruchs beim Gewerkschaftsverband zu.

Für eine beitragspflichtige Steuerberechnung sind am 20. Juni 1899, welche demnach zur Einhebung gelangen, 245 Pflanzlinge zu entnehmen.
Aue, am 20. Juni 1899.

Der Rath der Stadt.

Rathschreiber Laube. **Wendler**

Auerthal-Zeitung

erschient
jetzt täglich,
kostet
pro Monat
nur **20 Pfenninge.**

Deutscher Reichstag

99. Sitzung vom 22. Juni, 1 Uhr.

Die Sitzung des Reichstages heute bis zum 14. November vertagt, hat er zwei wichtige Beschlüsse gefasst: Zunächst wurde die von konservativer Seite beantragte Kommissionsberatung der Vorlage des gewerblichen Arbeitsschutzes gegen die Stimmen der beiden konservativen Parteien und einiger Nationalliberalen abgelehnt, sodas die Vorlage, wenn die Regierung sich nicht aus eigenem Antriebe vorher zurückziehen sollte, erst im November wieder zur Besprechung im Reichstage gelangen könnte, wo sie jedenfalls in ihrer jetzigen Form ebenso wenig Glück haben würde wie jetzt. Der Schmerz, ihr Nachwerk glattweg zurückgewiesen zu sehen, ist der Regierung dank der Güte des Zentrums erspart geblieben.

Herner nahm das Haus gestern ohne weitere Debatte die Karolinenvorlage an, worauf der Reichstag mit einem Hoch auf den Kaiser vertagt wurde.

Der Verlauf der heutigen Sitzung war folgender:

Zu Beginn der Beratungen über die Vorlage des gewerblichen Arbeitsschutzes wurde vom Abg. **Reimer (Soz.)** betont, trotzdem seiner Fraktion ganze Stücke von Material zu dieser Vorlage zugegangen, wolle er sich doch kurz fassen. Die Weltanschauungen der konservativen Redner erinnerten ihn unwillkürlich an den edlen Ritter Don Quixote und lassen etwas dickeren Knappen **Sando Panza**.

Reimer (Soz.) Graf **Wallerstein**: Herr Abgeordneter, Sie meinen doch nicht etwa die Parteien hier im Hause, sonst müßte ich den Vergleich als unzulässig bezeichnen! (Große Heiterkeit.) Nun, die Parteien im allgemeinen. (Große Heiterkeit.) Die Vorlage sei hauptsächlich der Hezerei gewisser Großindustriellen zu verdanken, die ja auch bei dem von allen beklagten Attentat auf die Kaiserin Elisabeth ein Telegramm an den Kaiser richteten, das auf ein Ansehertum widerwärtigster Art hinauslief. Was Herr **Wallerstein** gestern bezüglich des Urteils des Berliner Landgerichts gesagt, sei vollständig richtig zitiert. Der Redner könne das bestätigen, denn er sei in dieser Sache der Verteidiger gewesen. Redner vertritt sich dann über die Denkschrift. Das spasshafteste an ihr sei die Bezugnahme auf eine Inschrift an der Thür eines gewissen **Vertehms**.

Wallerstein: Ja, an solchen Thüren werde Graf **Posadowsky** auch noch andere Schreibeereien finden (Heiterkeit), namentlich wohl auch antisemitische. Doch habe man aber doch noch kein Ausnahme-gesetz gegen Antisemiten eingebracht. (Heiterkeit.) Die Denkschrift sei in ihrem Thatfachenmaterial bis zur Unwahrhaftigkeit einseitig. Die Annahme dieser Vorlage würde der Anfang einer Revolution sein, aber einer Revolution von oben, einer Abschlagung von Segnern zu politischen Zwecken. Wer das deutsche Volk liebe, müsse ohne weiteres

diese Vorlage und jede ähnliche ablehnen. (Beifall links)

Staatssekretär **Niederding** bestreitet, daß es sich hier um ein Ausnahme-gesetz handle, denn das Gesetz treffe Unternehmer und Arbeiter unter bestimmten Voraussetzungen ohne Unterschied der Partei. Auf das Urteil hinsichtlich der Entscheidungen des sächsischen Oberlandesgerichts wolle er nicht eingehen, weil das authentische Material noch vorliege.

Sächs. Ministerialdirektor **Fischer** meint, der Abg. **Reimer** habe sich als ein miserabler Kenner der sächsischen Verhältnisse erwiesen. Die betreffenden Artikel des „Dresdner Journals“ rührten, so viel er wisse, nicht von einem Redakteur des Blattes her, sie seien vielmehr in manchen Behauptungen ansehnlich, enthielten aber auch manche Wahrheiten; sie seien drastisch, aber nicht unverkämmt.

Ministerialdirektor **v. Boedde** sucht die Verfasser der Denkschrift gegen die ihnen gemachten Vorwürfe in Schutz zu nehmen.

Abg. **Jacobstötter (kons.)** bestreitet dem Abg. **Reimer**, daß das ganze Unternehmertum die Vorlage mit Jubel begrüßt habe. Mit Bedauern habe er gehört, welche Stellung Abg. **Wassermann** namens der Nationalliberalen zu der Vorlage genommen habe. Nichts sei schlimmerer Terrorismus, als der von dem Sozialdemokraten ausgeübte Koalitionszwang gegenüber monarchisch und christlich-gestimmten Arbeitern. Diese Tyrannei sei unerträglich.

Abg. **v. Gobenberg (Welfe)** erklärt namens seiner Partei, dieselbe halte das Gesetz für unnötig, für rechtlich und moralisch höchst ansehnlich und politisch für einen großen Fehler. Sie sei daher gegen die Vorlage.

Abg. **Wähler (Ztr.)** verwahrt seine bayerischen Freunde gegen die Verdächtigungen, welche die bayerischen Sozialdemokraten gegen sie in bezug auf ihre Stellungnahme zur Vorlage gerichtet hätten. Weiter wendet sich Redner gegen den Minister **Reimer**. Das beste würde sein, wenn man die Vorlage zurückziehe; dadurch würde man am besten den bevorstehenden Agitationen entgegen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen.

Der Antrag **v. Lezewow**, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, wird gegen die Stimmen der Konservativen, der Reichspartei und eines Teiles der Nationalliberalen abgelehnt. Die zweite Lesung findet nach der Vertagung im Plenum statt.

Das Haus beginnt sodann die dritte Beratung der Vorlage über die Erwerbung der Südseeinseln und die Handelsbeziehungen mit Spanien.

Abg. **Herrbert Bismarck** bemerkt zu der Äußerung des Abg. **Wiener (fr. Sp.)**, die Bezeichnung der Karolinen als „Lumperei“ durch den Reichskanzler Fürsten **Bismarck** rühre teilweise daher, daß Kaiser **Wilhelm I.** sehr viel daran gelegen gewesen sei, die schwache Monarchie Spaniens zu halten. Redner bespricht die Entwicklung der Verhältnisse auf Samoa und die Einschränkung der Wirren durch die Konferenz von 1889.

Hierauf wird die Generaldiskussion geschlossen. Die Vorlage wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der freisinnigen Volkspartei, der deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten angenommen.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** verliest die Vertagungs-Urkunde. Die Sozialdemokraten verlassen den Saal. Mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser schließt der Präsident die Sitzung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Aus aller Welt.

* Berlin, 23. Juni. Der Kaiser erhob den Staatssekretär von **Bilow** in den Grafenstand.

* Zum Landeshauptmann der Karolinen ist der bisherige kaiserliche Richter im **Wismarck-Archipel** **Haal** ausersehen; er wird nach Beendigung seines Urlaubes, den er zur Zeit in Deutschland verbringt, seinen neuen Posten antreten.

* Kiel, 23. Juni. Der Kaiser ist gestern Abend hier eingetroffen und wurde von der Kaiserin am Bahnhof empfangen. Die Majestäten begaben sich sofort an Bord der „Hohenzollern“, wo ein Dinner eingenommen wurde. An demselben nahm auch die Prinzessin **Heinrich** von Preußen teil.

* Berlin, 23. Juni. Saatensand in Preußen in der Mitte Juni: Winterweizen 23, Sommerweizen 26, Winterpelz 23, Winterroggen 26, Sommerroggen 29, Sommergerste 27, Hafer 28, Kartoffeln 29, Acker 29, Luzerne 26, Wiesenheu 30, wobei 1 sehr gut, 2 gut, 3 mittel, 4 gering, 5 sehr gering bedentet.

* Essen a. d. R., 23. Juni. In der Vertagung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats wurde über einen Antrag auf Erhöhung der nichtfähigen Höchstpreise verhandelt. Wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet, erklärte sich der Beirat grundsätzlich mit der Preisverhöhung einverstanden und wählte einen Sonderausschuß zur Vorbereitung der Höchstpreise. Die endgültige Festsetzung erfolgt in der Beiratsitzung am 10. Juli, an welcher die Beiratsbesitzungsverammlung anstößt.

* In **Gleiwitz** wurde ein Mädchenmörder festgenommen. Der Mann trug eine **Widwenhülle** und war begleitet von zwei unerfahrenen jungen Deutschen und sechs jungen Mädchen, sämtlich aus der Gegend von **Gleiwitz**. Zur Verhörung gab der Verhaftete an, daß er seine Begleiter für ein Kloster in **Rom** angeworben habe und jetzt dorthin zu reisen gedenke. Aus einem bei ihm vorgefundenen Kontrakte ging indessen hervor, daß die Mädchen nach **Rußland** verschleppt werden sollten. Ein anderer Seelenverkäufer, **Abraham Finkelblat**, ist in **Lebz** verhaftet worden.

* Die Begrabung des Kriegsbeides wird sowohl von dem Arbeiterbund, wie von den Arbeitnehmern des Baugewerbes in **Berlin** angestrebt. Zunächst Hoffnung setzt man in Arbeiterkreisen auf diesen Versuch, der bekanntlich morgen vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts unternommen werden soll, nicht. In einer gestern abgehaltenen Massenversammlung der **Maurer** wurde betont: Da der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes im Baugewerbe ein Rundschreiben an alle Baugewerbetreibenden erlassen habe, worin diese aufgefordert werden, keine aus **Berlin** kommenden Maurer zu beschäftigen, so dürfe man den Einigungsversuchen nicht zu viel Optimismus entgegenbringen; vielmehr beginne der Kampf erst in voller Schärfe.

* Gestern ist es ein Jahr her, daß **Gerrit Richter** zum Oberbürgermeister von **Berlin** gewählt worden ist, und noch immer wartet er auf Bestätigung.

* Beendet ist der Streik der **Berliner Steinseher**, nachdem die Forderung die von den Arbeitnehmern aufgestellten Forderungen bewilligt hat. — Die Lohnbewegung der **Maurer** in **Rating** ist durch Zugeständnisse an die Arbeiter erledigt. Im **Rating** wurde die alljährliche Festsetzung der Arbeitsbedingungen zugestanden.

* Endlich, endlich hat die französische Ministerkrisis ihre Lösung gefunden: Nach der Ablehnung